



österreichische gesellschaft für umwelt und technik

10. Gesprächsrunde Export österreichischer Energie- und Umwelttechnologien

Schwerpunkt Ukraine und andere GUS- Staaten

Ergebnisprotokoll vom 18. September 2009



Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Impressum AutorInnen DI Gerhard Bayer, Joachim Schreiber/ÖGUT

Für den Inhalt verantwortlich Dr. Herbert Greisberger/Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik ÖGUT

Hollandstraße 10/46, a-1020 Wien **Tel** +43.1.315 63 93 **Fax** +43.1.315 63 93-22 **Email** office@oegut.at **Web** www.oegut.at

Gesprächsrunde Export österreichischer Energie- und Umwelttechnologien

Zeit: Freitag, 18. September 2009, 10.00 – 13.30 Uhr

Ort: ÖGUT, Hollandstraße 10/40

TeilnehmerInnen (in alphabetischer Reihenfolge):

DI Wolfgang Diernhofer, Kommunalkredit Public Consulting, Abt. JI/CDM-Programm

MR DDr. Herwig Dürr, BMWFJ, C2/Abt. 12, Internat. Umweltangelegenheiten

MSc Anna Evic- Petrik, Bluewaters, Regional Manager Hungary & SEEC

DI Mag. Markus Hoskovec, OeKB, Projekt- & Umweltanalysen

DI Friedrich Jarosch, Gründer & Vorsitzender der Österr.- Weißruss. Gesellschaft

MR Dr. Michael Osterauer, BMWFJ, C2/Abt. 12, Referat 12a, Umweltkoordination

Wkfm. Sigrun Rädler, CEO, AC-Rädler Umwelttechnik GmbH

Dr. Klaus Tritscher, STRABAG, Business Unit Manager Environmental Services

Moderation: DI Gerhard Bayer, ÖGUT

Ergebnisprotokoll

Rahmenbedingungen

Im Regierungsprogramm wird die Branche Umwelttechnik klar als Wachstumsmarkt gesehen. Das Programm enthält das Ziel, die Beschäftigungszahlen in diesem Sektor zu verdoppeln. Weiters sollen zusätzlich 2.000 Unternehmen in Österreich innerhalb von zwei Jahren bei ihren Exportaktivitäten unterstützt werden. Dazu stehen in dieser Zeit 2 x 25 Mio. Euro zur Verfügung, davon 2 x 19 Mio. im Rahmen der **Internationalisierungsoffensive „go international“**. Diese Mittel sollen dabei helfen besonders ferne und schwierige Märkte zu erschließen und die Abhängigkeit von Deutschland zu verringern.

Die österreichische Exportwirtschaft bekommt mit 36.000 Exporteuren und einem Exportanteil von 60% die **Wirtschaftskrise** stark zu spüren. In den ersten 2 Monaten 2009 gingen die Exporte um 25 Prozent und die Importe um 20,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurück. Hat Österreich im 1. Halbjahr 2008 noch für 60,7 Mrd. Euro exportiert, so waren es im Vergleichszeitraum 2009 nur mehr 46 Mrd. Euro.

Um Aufträge abschließen zu können ist es unter anderem notwendig, potenziellen Geschäftspartnern und Kunden im Zuge der Geschäftsanbahnung Pilotanlagen und „Best Practice Beispiele“ in Österreich zu zeigen. Die sicherheitspolizeilichen Vorgaben bei der **Visa-verbgabe**, insbesondere an Geschäftspartner aus Ex-RGW-Staaten oder den östlichen EU-Nachbarstaaten wie der Türkei, würden jedoch für KMUs zu geschäftshemmenden Verzögerungen oder für die ausländischen Gäste zu dem Gefühl „im Land unerwünscht zu sein“ führen. Es stellte sich heraus, dass Visa für andere Schengenstaaten wie Deutschland leichter zu bekommen sind als für Österreich.

Derzeit gibt es Verhandlungen der Europäischen Union mit der Ukraine um den **Abschluss eines Freihandelsabkommens**. Ein solches Abkommen soll auch die politische Annäherung der Ukraine an die EU unterstützen. Auch im Rahmen der neuen „Ostpartnerschaft“ der EU mit einigen GUS-Staaten soll das Freihandelsabkommen mit der Ukraine ein Thema sein. Seitens der EU gibt es neben vielen positiven Aspekten eines Freihandelsabkommens auch die Befürchtung, dass es zu Umweltdumping von ukrainischen Unternehmen kommen könnte. Im Rahmen eines Freihandelsabkommens wäre besonders auch der Abbau von Handelsbarrieren für Umwelttechnikprodukte und –dienstleistungen vorgesehen.

Hinsichtlich der Erneuerbaren Energien sehen einige TeilnehmerInnen einen Handlungsbedarf für attraktive **Einspeisetarife** in der Ukraine und vielen weiteren GUS-Staaten. Diese müssten aber für die Bevölkerung sozial verträglich gestaltet sein.

Finanzierung

Die aktuelle Krise wirkt sich verstärkt auf die Finanzierung von Projekten aus. **Banken sind sehr restriktiv** geworden was die Kreditvergabe betrifft, Risikozuschläge und langwierige Prüfungen sind an der Tagesordnung, die sehr oft auch ablehnende Entscheidungen zur Folge haben.

Es mangelt nicht an baureifen Umwelttechnik-Projekten, von denen viele in der „pipeline“ warten, allerdings ist das **„rating“ der Kunden** im Zielland bzw. der Unternehmen nicht hoch genug.

Zwar ist oft eine Finanzierung auch durch Banken in den Zielländern selbst möglich, allerdings mit sehr hohen Kapitalkosten, die das Projekt oft unrentabel machen.

In einigen Ländern ist die **Kreditausfallsrate** merklich angestiegen und die Zahlungsmoral unbefriedigend. Fünf der zehn größten Banken der Ukraine wurden kürzlich durch die Ratingagentur Moody´s von D auf D-minus herabgestuft. Die Ukraine etwa hat empfindliche Währungsabwertungen hinnehmen müssen, was insbesondere Fremdwährungskreditnehmer hart trifft. Die Agentur Fitch rated die Ukraine mittlerweile mit „B“, was „sehr spekulativ, hohes Ausfallrisiko“ bedeutet. Eine Entspannung der Situation kann eventuell eine Stützung der Währung mit Teilen des IWF-Hilfskredites bringen. Die Auszahlung der nächsten 3,8 Mrd. Dollar-Tranche der insgesamt 16,4 Mrd. Dollar ist zwar für November d. J. geplant, unter Umständen jedoch noch unsicher da der IWF auf die Umsetzung von zugesagten Reformen pocht und ihre Umsetzung als „conditio sine qua non“ ansieht.

Förderungen

Die Unterstützung der Exportwirtschaft geschieht bereits wie eingangs erwähnt mit jährlich 25 Mio. Euro, davon alleine 19 Mio. Euro für die Initiative **„go international“**. Dazu gehören Dienstleistungen und Beratung wie etwa durch die Austrian Business Agency (ABA) für international tätige Unternehmen sowie Markterschließungsstudien.

Kritik wurde daran geübt, dass viele der bisher von der öffentlichen Hand geförderten **Markterschließungsstudien** nicht sinnvoll waren, d. h. nicht zu konkreten Aufträgen geführt haben. Hier wurde angeregt, die Markterschließungsstudien eventuell an ein Anreizsystem zur konkreten Projektabwicklung zu koppeln. Ein Modell könnte sein, dass die öffentliche Hand im Zielland 50% der Kosten zahlen muß, falls keine konkreten Aufträge auf Basis der Studie erfolgen.

Seitens der ÖeKB wurde erklärt, dass es eine **Evaluierung** des bisherigen Studienprogramms hinsichtlich seiner Wirksamkeit gegeben hat und die Empfehlungen der Evaluierung im kommenden Studienförderprogramm berücksichtigt sind. Das Studienförderprogramm der OeKB wird wieder aktiviert werden, der Budgetumfang und die Förderbedingungen können derzeit nicht genau genannt werden, voraussichtlich wird die Höchstgrenze für Studien bei 40.000 Euro liegen. Aufgrund des künftigen Studienförderprogramms müssen bei Studien in jedem Fall realistische Lieferpotenziale angegeben werden.

Es wurde auch vorgeschlagen, für KMUs verstärkt **praxisnahe Schulungen** über die Einreichung von Förderanträgen anzubieten, welche bei erstmaliger Einreichung einen erheblichen Aufwand bedeuten. Seitens der OeKB wird darauf hingewiesen, mehrmals jährlich die **„Exportakademie“** stattfindet. Das ist ein mehrtätiger Workshop, bei dem Exporteure (KMUs, aber auch Großunternehmen) die OeKB, ihre Geschäftsfelder und Arbeitsweise (auch anhand von zahlreichen Beispielen) kennenlernen können. Der Zweck der Veranstaltung besteht darin, den Exporteuren die Zusammenarbeit mit der OeKB (z.B. bei Exportgarantien) zu erleichtern.

Einige Unternehmen sehen den **Arbeitsaufwand** für das Ausfüllen von **Fragebögen und Förderanträgen** als unzumutbar hoch, seitens der ÖKB wird darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um Steuergelder handelt und dass Projekte, die seitens der öffentlichen Hand besichert werden, in der Regel solche mit besonders hohem Risiko sind und daher eine eingehende Prüfung notwendig sei.

Wie bereits in vorhergehenden Gesprächsrunden diskutiert, wäre eine Erweiterung der Förderung der KPC auf **Demonstrationsprojekte im Ausland** für die Unterstützung des Exports österreichischer Umwelttechnologien wünschenswert. Seitens der KPC gibt es folgende Informationen zum JI/CDM Programm sowie zur Ukraine im Speziellen:

- Gesamt hat die KPC Ankäufe in 70 JI/CDM Projekten unter Vertrag
- 4 JI/CDM Projekte in der Ukraine sind fix abgeschlossen
- 16 JI/CDM Projekte in der Ukraine sind in der Pipeline
- Ukraine hat viel Potential, aber Hürde ist die Finanzierung
- Der Verantwortliche für Green Investment Schemes im ukrainischen Wirtschaftsministerium wurde bekanntgegeben.

Clustering, Networking, Synergien

Der **Austrian Environment Cluster** nimmt an einem EU-Forschungsprojekt im Bereich Abfallwirtschaft teil, das auch Besichtigung bestehender Anlagen beinhaltet. Dadurch werden internationale Kontakte geknüpft und österreichische Umwelttechnologien in den Partnerländern bekannt gemacht.

Der Austrian Environment Cluster strebt die **Registrierung als NGO** in der Ukraine an. Eine Unterstützung (Empfehlung) seitens der österreichischen Verwaltung wäre dabei hilfreich.

Strukturell besteht in einem „kleinen“ Land wie Österreich eine Konkurrenzsituation zwischen **regionalen** Clustern und einem **bundesweiten** Umwelttechnik-Cluster.

Ein grundsätzliches Problem eines Clusters ist, dass in dem Fall, dass mehrere Mitbewerber-Unternehmen im Cluster vertreten sind, diese meist sehr zurückhaltend agieren, um nicht wertvolle Informationen preiszugeben.

Österreichische KMU´s sind oft EinzelkämpferInnen. Ein verstärktes Auftreten in **Projektkonsortien** wäre hilfreich. Dies könnte auch im Rahmen eines Clusters verstärkt unterstützt werden.

Das laufende **Screening von Ausschreibungen** ist besonders für KMU´s sehr arbeitsaufwendig. Teilweise bestehen bereits Serviceangebote wie z. B. von der WKO oder von Austrian International Consultants (AIC), die regelmäßig nach neuen Ausschreibungen suchen und die Informationen aufbereitet an ihre Mitglieder weitergeben.

Eine Möglichkeit wäre, „**komplementäre Bieterkonsortien**“ zu bilden, welche ein umfangreiches Projekt anbieten könnten, und bei dem von jedem „Teilprodukt“ nur ein Unternehmen dabei ist, um Konkurrenzsituationen innerhalb des Konsortiums zu vermeiden. Ein Nachteil

solcher Konsortien wäre, dass nicht alle TOP-Technologien zur Auswahl stehen und damit möglicherweise nicht die bestverfügbare Technologie zum Zug kommen würde.

In anderen Ländern sind die **Konsulenten** oft Teil eines großen Konzerns, der auch UT-Produkte und -Dienstleistungen anbietet. Über die Konsulentenleistung haben dann Produkte und Technologien des eigenen Unternehmens bessere Chancen bei der Ausschreibung.

In Deutschland fördert die **KfW** Studien, Seminare und Workshops, um den Know how Austausch im Umwelttechnikbereich zu fördern. Als „Nebeneffekt“ werden den ExpertInnen im Zielland damit Technologien deutscher AnbieterInnen präsentiert.

Im Zuge der Diskussion wurde auch die Möglichkeit angedacht, KMUs mit Großunternehmen zusammenzubringen, um „**Mitnahmeeffekte**“ zu nutzen und gegenseitiges Bewerben zu ermöglichen.

Eine weitere Möglichkeit ist, **österreichische und ukrainische Konsulenten** besser miteinander zu vernetzen. Dabei könnten die Außenhandelsstellen der WKO unterstützend wirken.

ANHANG 1

2 Mails des Clusters Austrian Environment



800 Möglichkeiten
für AEC in der Ukraine



ausgedr 800
Austrian Environment

ANHANG 2

Gesellschaft für Österreichisch – Belarussische Beziehungen

Die GESELLSCHAFT FÜR ÖSTERREICHISCH-BELARUSSISCHE BEZIEHUNGEN wurde mit Unterstützung der Botschaft der Republik Belarus in der Republik Österreich im Januar 2008 gegründet (www.austria.belembassy.org). Ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft für Österreichisch-Belarussische Beziehungen und der Belarussischen Handels- und Industriekammer (www.cci.by) wurde unterschrieben.

Die Vereinsaufgaben sind die Förderung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern; Investitionstätigkeit; Unterstützung für die Mitglieder bei der Realisierung ihrer Projekte und Interessen; Vereinigung der Bemühungen in den Bereichen Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Tourismus und Forschung in beiden Ländern.

Im Jahre 2008 hat die Gesellschaft mehrere Wirtschaftsmissionen und Delegationen aus Österreich nach Belarus organisiert.

Unter den Mitgliedern der Gesellschaft sind z.B. Firmen aus der Abfallwirtschaft, und der Erneuerbaren Energien wie IPH Umwelt- und Energietechnik GmbH, (www.environmental-waste.com), VADO Engineering GmbH, (www.vadogroup.com), u.a. Die Mitglieder der Gesellschaft halten mit der Belarussischen Handels- und Industriekammer Kontakt und es bestehen für Mitglieder entsprechende Möglichkeiten zur Kooperation. Die Gesellschaft hat ein eigenes lokales Netzwerk von Kontakten aufgebaut. Die Gesellschaft lädt neue Firmen und Organisationen als Mitglieder und (oder) Partner aus Österreich ein.

Kontaktperson in Österreich: Friedrich Jarosch, Vorsitzender der Gesellschaft

Tel. +43 664 33 89 195

E-mail: fjarosch@chello.at

Kontaktperson in Belarus: Anastasiya Bannikova

tel. +375 29 564 99 89

E-mail: anabanik@gmail.com